

MANIFEST DER ZIVILGESELLSCHAFT



„Uns droht die rechts-braune Unterwanderung der Gesellschaft“

- Eine neue Allianz gegen rechts: 13 prominente zivilgesellschaftliche Organisationen warnen vor der AfD-Stiftung und rufen die Politik zum Handeln auf
- Doron Kiesel (Zentralrat der Juden) und Meron Mendel (Bildungsstätte Anne Frank) stellen Initiative vor
- Appell an die Zivilgesellschaft: Sprecht Eure Abgeordneten an, sich aktiv gegen die Erasmus-Stiftung einzusetzen!

Eine neue Allianz im Kampf gegen rechts: 13 Organisationen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft haben sich zusammengeschlossen, um ein unmissverständliches Warnsignal gegen die mögliche Finanzierung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung zu senden. In einem „Manifest für die Zivilgesellschaft und die politische Bildung“ fordern sie die Politik auf, noch vor der Bundestagswahl im Herbst zu handeln.

„Sollte es der Erasmus-Stiftung durch Millionen aus Steuergeldern ermöglicht werden, zukünftig den akademischen und langfristig auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche mit ihrer rechts-braunen Ideologie zu unterwandern, dann sponsern wir als Gesellschaft den Demokratie-Abbau in unserem Land. Das können wir nicht ernsthaft wollen“, sagt **Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank**. „Wir – die zivilgesellschaftlichen Organisationen – begegnen in unserer täglichen Arbeit den Folgen, die aus den menschenverachtenden Haltungen der Neuen Rechten erwachsen. Die Politik ist oft viel zu weit weg von der Gesellschaft, deshalb gehen wir jetzt auf die Politik zu.“

Die Allianz, die sich nun für das Manifest zusammengefunden hat, repräsentiert ganz unterschiedliche Bereiche der vielfältigen Zivilgesellschaft in Deutschland – von Kirchen, Gewerkschaften, über Bildungsorganisationen, NGOs bis hin zu sozialen Bewegungen. **Erstunterzeichnerinnen sind** die Amadeu Antonio Stiftung, Bildungsstätte Anne Frank, Campact e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Fridays for Future, Gesicht Zeigen, Katholische Akademie Rabanus Maurus, medico international, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Pro Asyl, Stiftung Topographie des Terrors, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland.

„Wir haben einen Punkt erreicht, an dem es keinerlei Rechtfertigung mehr für die derzeitige Untätigkeit gibt. In unserem Manifest rufen wir die Fraktionen im Bundestag dazu auf, ihre apathische Haltung gegenüber Verfassungsfeinden wie der AfD-nahen Erasmus-Stiftung aufzugeben“, so Mendel weiter. „Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Wir erwarten von der Bundespolitik, dass sie in den nächsten Monaten alles unternimmt, um ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen und sicherzustellen, dass Verfassungsfeinde keine Steuergelder erhalten.“

Doron Kiesel, wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland, bekräftigt: „Immer wieder wird von deutschen Politiker*innen die Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik beschworen: Die Feinde der Demokratie dürften nie wieder von den Freiheiten der Demokratie profitieren. Aber es bleibt bei einem Lippenbekenntnis, wenn sich die wehrhafte Demokratie nicht verteidigen will. Bei unseren europäischen Nachbarn können wir beobachten, wie schnell Demokratien kippen. Daher müssen wir in Deutschland die Politik und die Gesellschaft dafür sensibilisieren, wie grundlegend unser Gemeinwesen gefährdet ist, wenn wir Organisationen stärken, die auf der Grundlage ihrer nationalistisch-völkischen Ideologie über die Zugehörigkeit von

Individuen oder Gruppen zu unserer Gesellschaft entscheiden wollen. Eine starke und selbstbewusste liberale und auf Rechtsstaatlichkeit beruhende Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie rechtzeitig erkennt, wie populistische Denk- und Argumentationsmuster den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Frage stellen. Dieser Anfechtung gilt es mit politischer Entschiedenheit und den bestehenden legalen Mitteln zu begegnen.“

Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung wird nach der Bundestagswahl im Herbst aller Voraussicht nach staatliche Förderung in Höhe von mehreren zehn Millionen Euro erhalten. Damit kommt eine Stiftung in den Genuss staatlicher Gelder, welche die Werte des Grundgesetzes mit den Füßen tritt. Das Führungspersonal um Vorstandsvorsitzende Erika Steinbach betreibt Geschichtsrevisionismus und hetzt gegen Geflüchtete, Muslime, queere Menschen und andere Minderheiten.

„Diese Initiative ist ein Novum im Kampf der Zivilgesellschaft gegen den Rechtsruck und die Normalisierung von rechtem Gedankengut“, sagt Meron Mendel. Der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge von Halle und Hanau zeigten: Rechte radikalisiert sich immer stärker. „Nicht nur Institutionen, auch einzelne Personen sind aufgefordert, ihren Unmut und ihre Sorge an die Politik zu vermitteln. Das gilt besonders im Jahr der Bundestagswahl“, führt Mendel weiter aus: „Wir rufen jeden und jede einzelne auf: Wendet Euch an die Abgeordneten Eures Wahlkreises, fordert sie dazu auf, aktiv etwas gegen die Erasmus-Stiftung zu tun. Sonst droht langfristig die rechts-braune Unterwanderung der Universitäten, des Bildungsbereich, der Medien, Justiz und aller gesellschaftlichen Institutionen.“

Hinweis für die Berichterstattung

Live Online-Panel

Montag, 5. Juli um 18.30 Uhr

Don't wait a single moment – Warum eine staatliche Förderung der Erasmus-Stiftung gefährlich ist

Podium mit Vertreter*innen der erstunterzeichnenden Organisationen

Zum Stream: <https://youtu.be/-KHbXXv1Fqg>

Die Statements der 13 Organisationen

Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung:

Ich glaube, wir machen uns Illusionen über die Widerstandsfähigkeit unserer Demokratie. Wenn diese dann noch gezielt durch einen rechtsradikalen Thinktank angegriffen wird, mache ich mir wirklich Sorgen. Es sollte die Aufgabe der Bundesregierung sein, einen klaren Rahmen für ein demokratiepolitisches Engagement zu schaffen.

Anne Jung, medico international

Die Legitimierung der zum Schein demokratischen AfD-Stiftung zeigt, dass rechtes Denken in die Mitte der Verhältnisse eindringen kann. Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten, das sagte schon Theodor Adorno.

Sophia Oppermann, Gesicht zeigen!

Politische Bildung ist nicht wertneutral. Dass die AfD versucht, über die Erasmus-Stiftung politische Bildung durch Steuergelder finanzieren zu lassen, die sich offen rechtsextrem, frauenfeindlich, sexistisch, antisemitisch und homophob betätigt, ist nicht hinnehmbar.

Reiner Hoffmann, Deutscher Gewerkschaftsbund

Es ist großartig, dass sich so viele wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen hinter dem Manifest versammelt haben. Es ist schlichtweg absurd, wenn der demokratische Rechtsstaat diejenigen unterstützt, die ihn abschaffen wollen.

Frank Werneke, verdi

Für rassistische und völkische Angriff auf die Demokratie darf es keine öffentlichen Mittel geben. Wir fordern ein Demokratiefördergesetz, das zivilgesellschaftliche Initiativen dauerhaft stärkt.

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.

Mit dem erneuten Einzug der AfD in den Bundestag würde die parteinahe Erasmus-Stiftung staatliche Gelder in Millionenhöhe erhalten. Die Vorsitzende der Stiftung, Erika Steinbach, hetzt gegen Geflüchtete, Homosexuelle, Frauen und andere Gruppen. Wir sagen: no way!

Meron Mendel, Bildungsstätte Anne Frank

Wir zivilgesellschaftlichen Organisationen sind nah an den Menschen - und erleben so direkt die vielen Probleme, die aus der menschenverachtenden Haltung der neuen Rechten entstehen. Die AfD und die Erasmus-Stiftung grenzen Menschen aus, sie vergiften unsere Demokratie und unser Miteinander. Deshalb fordern wir die Parteien auf, jetzt zu handeln.

Doron Kiesel, Zentralrat der Juden in Deutschland

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung ist eine rassistische, antisemitische und völkische Organisation. Der Zentralrat der Juden möchte mit der Unterzeichnung des Manifests für die Zivilgesellschaft die Initiative gegen die Förderung dieser Stiftung unterstützen und öffentlich machen.

Luisa Neubauer, Fridays for Future

Die AfD schürt Hass und Hetze. Sie befeuert die offenen Anfeindungen gegen jene, die sich für eine plurale, freiheitliche und auch klimagerechte Gesellschaft einsetzen. Dass ihre Agenda über eine Stiftung auch an die Universitäten getragen werden soll, ist unerträglich. Deshalb unterstützte ich das Manifest der Zivilgesellschaft.

Thomas Lutz, Gedenkstättenreferat, Stiftung Topographie des Terrors.

Als Gedenkstätten haben wir den Auftrag, ein kritisches Geschichtsbild zu entwickeln, das die Gefahren von rechts für eine Demokratie und die Möglichkeiten, dass sich daraus Massenverbrechen entwickeln, aufzeigt. Wenn heute eine parteinahe Stiftung dieses Geschichtsbild und die Form der Auseinandersetzung mit der Geschichte verleugnet, darf es nicht sein, dass sie dafür öffentliche Gelder erhält.

Günter Burkhardt, Pro Asyl

Menschenwürde und Menschenrechte werden in Deutschland und ganz Europa zur Disposition gestellt. Die Wirkung dieser Stiftung und dieses Gedankenguts zerstört die Grundlagen unserer Gesellschaft.

Miriam Schader, Campact

Unser Steuergeld für rechte Strukturen? Das würde eine enorme Wirkung in die Fläche entfalten. Noch haben wir die Chance, dafür zu sorgen, dass die Stiftung dieses Geld nicht bekommt.

Joachim Valentin, Katholische Akademie Rabanus Maurus

Desiderius Erasmus ist eine herausragende Figur des katholischen Humanismus, also der europäischen Aufklärung in der Renaissance. Im Dialog mit Martin Luther und anderen Geistesgrößen des 16. Jahrhunderts trat er ein für Vielsprachigkeit, Toleranz und umfassende Bildung. Alles das sind Ziele, für die die gleichnamige Stiftung gerade nicht steht. Im Gegenteil: Es handelt sich um ein rechtes Netzwerk, das aggressiv völkisches Gedankengut und Intoleranz verbreitet. Es soll als politische Stiftung der Partei fungieren, die in namhaften Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Hier sägt die Demokratie am Ast, auf dem sie sitzt. Der Begriff der politischen „Bildung“ wird in sein Gegenteil verkehrt, da nicht Horizont-Erweiterung, sondern Horizont-Verengung das Ziel dieser Stiftung ist.

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#dontwaitasinglemoment

#NoAfDStiftung

Eva Berendsen
Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 -232
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main